

Bern



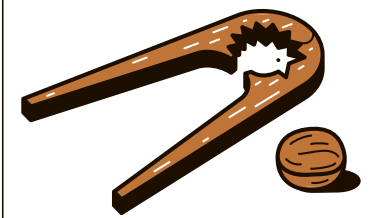
Sitem-Insel: Gemäss dem Kanton ein Leuchtturm, gemäss Experten vor allem ein Immobilienunternehmen. Foto: Adrian Moser

Ask-Force

Rückwirkende Quarantäne nur mit Zeitmaschine?

Wer aus Grossbritannien heimkehre, müsse «rückwirkend in Quarantäne»: So hat Henri M. aus Bern das BAG verstanden. Er ist aufgewühlt. Bisher vertraute er dem Physiker Stephen Hawking, der physische Zeitreisen als unmöglich erachtete. Nun fragt sich Henri trotzdem, wie er denn rückwirkend in Quarantäne ginge, sollte er dazu aufgefordert werden. Wir vermuten: Henri spürt eine verkappte Sehnsucht nach Zeitreisen.

Sind Zeitreisen also doch möglich? Unsere Antwort: ja. Die ganze Pandemie ist eine Zeitreise. Wir werden kollektiv zeitlich verschoben. Ohne einen Schritt getan zu haben, erleben wir etwa, wie das bei jeder Gelegenheit zu applizierende Wangenküssen nicht mehr



– oder noch nicht – existiert. Wir sind jetzt diesbezüglich in einer anderen Zeit.

Henris potenzieller Einwand, es sei keine Zeitreise, wenn alle gleichzeitig eine Verschiebung erleben, ist zulässig. Nur ist es nicht so. Viele reisen nicht nur in die Vor-Wangenküssen-Epoche zurück. Viele – keineswegs nur Trumpisten und Kreationisten – haben sich bereits ins Zeitalter vor der humanistischen Aufklärung abgesetzt.

Mit ihren Beobachtungen belegt die Ask-Force also die Existenz von Zeitreisen. Gleichzeitig warnt sie eindringlich: Zeitreisen sind heikel und extrem unbefriedigend. Wer zu rassistig in die Vergangenheit reist, landet leicht in einer x-beliebigen Eiszeit und droht dort als schwächerer Sapiens subito von einem Säbelzahniger zersäbelt zu werden. Respektive: Der Zeitreisende würde eben bloss grausam frieren, weil der Säbelzahniger mich in der Vergangenheit ja nicht fressen darf, weil es mich sonst in der Zukunft – also heute – nicht gäbe. Zeitreisen sind also brutal langweilig, weil wir in der Vergangenheit null Gestaltungsspielraum haben. Wir würden die Zukunft verändern, aus der wir kamen. Das Grossvater-Paradoxon bringt's auf den Punkt: Man hat keine Chance, in der Vergangenheit den eigenen Grossvater umzubringen, weil man sonst nicht geboren werden würde (oder geboren worden sein wird).

Weil Zeitreisen so unfaire Reiseangebote sind, sind Quarantänen eher zu begrüssen: Sie katapultieren uns energisch in die Gegenwart und unterhalten uns mit Fragen wie: Und was tue ich jetzt und hier und mit mir?

Die Ask-Force, Ihre Wissensquelle für die Gegenwart, wartet auf Ihre Frage: askforce@derbund.ch

Leuchten die «Leuchttürme» hell genug?

Medizinstandort Zwei Vorzeigeprojekte im bernischen Medizinsektor werden von Experten kritisch beurteilt. Nun fällt die Bundesunterstützung geringer aus.

Brigitte Walser

Bern soll im Medizinbereich ganz vorne spielen. Der Plan: Unternehmen aus der Medizinbranche siedeln sich hier an und bringen gemeinsam mit der Wissenschaft den Kanton Bern vorwärts. Die bernische Regierung ist Treiber dieses Plans und betont deshalb bei jeder Gelegenheit, wie wichtig es sei, den Medizinstandort zu stärken. Doch jetzt macht ihr ausgerechnet der Bund einen Strich durch die Rechnung. Er verweigert dem neuen Swiss Center for Design and Health in Bern eine Anschlagfinanzierung. Statt der ersuchten 15 Millionen Franken gibt es vorerst gar keine Bundesgelder. Den Entscheid haben Kanton und Bund vor Weihnachten kommuniziert.

Weniger Geld vom Kanton

Das Zentrum, das 2019 als Aktiengesellschaft gegründet wurde, hätte Anfang 2021 den Betrieb aufnehmen sollen. Es will designgestützte Lösungen im Gesundheitswesen erforschen und in Zusammenarbeit mit Firmen umsetzen. Dieser Ansatz sei zwar wissenschaftlich interessant, hält der Bund fest. Für eine Unterstützung mit Bundesgeldern sei das Projekt aktuell aber noch zu wenig ausgereift. Immerhin: Er gibt dem Zentrum bis im Sommer Zeit, sein Gesuch zu überarbeiten. Ist er vom Resultat überzeugt, kann das Zentrum noch mit 5 Millionen Franken rechnen.

Die finanziellen Auswirkungen dieser Absage sind allerdings weit dramatischer: Der Kanton Bern hat seinen Beitrag von 15

Millionen Franken für die Jahre 2021 bis 2024 unter dem Vorbehalt gesprochen, dass der Bund die gleiche Summe beisteuert. Gibt es vom Bund nur 5 Millionen, wird auch der Kanton nicht mehr bezahlen – statt der vorgesehenen 30 Millionen Franken kann das Zentrum von der öffentlichen Hand bestenfalls noch 10 Millionen erwarten.

Damit verschiebt sich der Aufbau des sogenannten Living Lab, wie Verwaltungsratspräsident Arne Scheuermann auf Anfrage mitteilt. Auf einer Fläche von 2000 Quadratmetern will das Zentrum einen Forschungs-, Lern- und Austauschort einrichten. Dank der Aufforderung des Bundes, das Gesuch zu überarbeiten, könne man an diesem Projekt festhalten, so Scheuermann. Er räumt allerdings ein, dass sich das Budget nicht beliebig kürzen lasse. Die Anfangsinvestitionen nebst Kosten für IT und Werkstätten seien hoch. Die Suche nach geeigneten Räumen läuft bereits seit einem Jahr, und es hätten sich interessante Möglichkeiten ergeben. Man sei nun zusammen mit dem Kanton im Gespräch mit dem Bund, um «eine Lösung zu finden, die es uns erlaubt, das Living Lab wie geplant aufzubauen», so Scheuermann.

Beim Kanton gibt man sich vorsichtig zuversichtlich. «Ich gehe davon aus, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist», sagt André Nietlisbach, Generalsekretär der zuständigen Wirtschafts-, Energie- und Umweltschutzdirektion. «Bei einem neuen Projekt sind die Einstiegshürden hoch, da ist es nicht ausserge-

wöhnlich, dass Anpassungen nötig sind.»

Rat empfahl kein Geld

Gefährdet schien zunächst auch der Bundesbeitrag für ein Projekt zu sein, das in Bern bereits als Leuchtturm gilt: Der Schweizerische Wissenschaftsrat hat dem Bund von einem Forschungsförderungsbeitrag an Sitem-Insel abgeraten. Das Zentrum wurde 2014 ebenfalls als Aktiengesellschaft (AG) gegründet, startete 2017 und bezog 2019 einen Neubau auf dem Insel-Gelände. Es soll wissenschaftliche medizinische Erkenntnisse in

«Aus Sicht des Wissenschaftsrats ist nicht klar, wie das Sitem vorgehen will, um einen Beitrag zu seinen übergeordneten Zielen zu leisten.»

Aus dem Bericht des Schweizerischen Wissenschaftsrats

konkrete Anwendungen überführen.

Das Gebäude sei zwar ein Vorzeigeprojekt, und Sitem-Insel habe in sehr kurzer Zeit sehr viel erreicht, schrieb der Wissenschaftsrat in seiner Evaluation im Auftrag des Bundes. Aber es handle sich vor allem um ein Immobilienunternehmen, das Räume vermiete und bewirtschaftete. Wie Sitem-Insel die eigentlichen Ziele erreichen wolle – nämlich gesamtschweizerisch den Transfer von Forschung zur Anwendung zu verbessern, zusätzliche Innovationen zu generieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu stärken –, sei dem Wissenschaftsrat nicht klar.

Der Bund hat das Gesuch von Sitem-Insel Ende 2020 trotzdem bewilligt und 5,6 Millionen Franken gesprochen. Als Begründung schreibt er auf Anfrage: Der Bund und der Kanton hätten das Zentrum seit 2017 unterstützt, die Aufbauphase sei auf acht Jahre ausgelegt gewesen. Bisher habe sich Sitem-Insel gemäss Plan entwickelt. «Eine Beendigung der Bundesunterstützung zum jetzigen Zeitpunkt ist daher nicht gerechtfertigt», hält das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation fest.

Auch der Kanton Bern hat dem Projekt 5,6 Millionen Franken zugesichert. Den Bericht des Wissenschaftsrats habe man Anfang 2021 mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, sagt Generalsekretär Nietlisbach. «Der Rat hat offenbar auf die AG fokussiert, welche das Zentrum betreibt. Für den Kanton handelt es sich aber um ein Gesamtsystem, es gilt insbeson-

dere auch zu beachten, was im Gebäude von Sitem-Insel insgesamt, in all den eingemieteten Plattformen Dritter passiert», so Nietlisbach.

2025 selbstständig?

Eine weitere Bemerkung des Wissenschaftsrates dürfte im Kanton Bern zusätzlich aufforchen lassen. Dort geht man nämlich davon aus, dass Bund und Kanton nach diesen 11,2 Millionen kein weiteres Geld mehr einschliessen werden, weil Sitem-Insel ab 2025 unabhängig sein wird. Das aber sei ein «ehrgeiziges Ziel», schreibt der Rat in der Evaluation, die er im Auftrag des Bundes verfasste.

Klar ist, dass die Corona-Krise Sitem-Insel geschadet hat. Bereits ist der Kanton zu Hilfe geeilt. Er hat vergangenen Sommer einen Zusatzkredit in der Höhe von 0,8 Millionen Franken bewilligt, zudem kann das Leuchtturmprojekt 1,2 Millionen in Anspruch nehmen, die der Kanton schon 2015 gesprochen, schliesslich aber nicht ausbezahlt hat. Diesen Zusatzkredit konnte das Unternehmen Ende 2020 beantragen, sollte sich die Situation nicht bessern. Auf Anfrage bestätigt Sitem-Insel, das Gesuch für die vom Kanton zur Verfügung gestellten Mittel eingereicht zu haben. Ob der Bund – wie vom Kanton gewünscht – aufgrund der Corona-Krise ebenfalls zusätzliche Mittel einwirft, wird frühestens in diesem Jahr entschieden. Beim Kanton ging man bei der Bewilligung des Zusatzkredits weiterhin davon aus, dass Sitem-Insel 2025 eigenwirtschaftlich ist.